



Junge Liberale



Niedersachsen

Abstimmungsergebnis:

- angenommen  
 geändert angenommen  
 abgelehnt  
 verwiesen an: \_\_\_\_\_

01

■ Leitantrag

■ Antragsteller: geschäftsführender Landesvorstand

## Die Liberale Innere Sicherheit

*Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen hat beschlossen::*

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen die Freiheit des Einzelnen als das zentrale Gut in der Politik an. Diese Freiheit des Einzelnen muss vom Staat respektiert werden. Die Freiheit des Einzelnen hört jedoch da auf, wo die Freiheit eines anderen beginnt. Um den Einzelnen vor Eingriffen in seine Freiheitssphäre durch andere zu schützen, bedarf es staatlicher Innerer Sicherheit. Staatliche Interventionen müssen jedoch verhältnismäßig sein und werden von den Grundrechten beschränkt. Innere Sicherheit kann daher in einer freien und offenen Gesellschaft niemals eine absolute Sicherheit sein. Die Politik hat stets auf der Grundlage unseres Rechtsstaats zwischen Sicherheit und Freiheit abzuwägen. Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Ziel von Sicherheitspolitik meint aus liberaler Sicht sowohl einen unbedingten Schutz der Grundrechte als auch eine bedingte Gewährleistung Innerer Sicherheit.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine Sicherheitspolitik, die sich in erster Linie an der tatsächlichen Bedrohung und an den in diesem Zusammenhang tatsächlich erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen orientiert. Eine Politik der Inneren Sicherheit, die kurzfristige Bedrohungen zum Anlass für weitreichende Kompetenzerweiterungen nimmt, ist unverhältnismäßig. Ebenso sind Maßnahmen die auf die subjektive Kriminalitätswahrnehmung der Bürger in der Absicht reagieren, vornehmlich das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, eher unwirksam und angesichts real bestehender Gefahren höchst fahrlässig. Eine Politik, die sich Probleme herbeiredet um dadurch künstliche Anlässe für neue Freiheitsbeschränkungen zu schaffen, lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen ab.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen die Anerkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch den Staat nicht als ausreichend an. Die allgemeine Entwicklung der Politik der Inneren Sicherheit seit dem 11. September 2001 und die entstandene Schiefelage in der Abwägung von Freiheit und Sicherheit sind besorgniserregend und verlangen nach einer Umkehr.

### 1. Herausforderungen an die Innere Sicherheit

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch den Staat muss immer wieder neuen Herausforderungen gerecht werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zur Anpassung des Rechtsstaats und seiner Methoden an neue Gegebenheiten und Bedingungen. Gleichzeitig müssen neue Maßnahmen immer verhältnismäßig zur sich ändernden Bedrohungslage angepasst werden. Dabei liegen die zentralen neuen Herausforderungen nicht etwa in einer Verschiebung der Ursachen von Kriminalität oder in einer etwaigen Zunahme von Straftaten, sondern in der internationalen Bedrohung der Inneren Sicherheit sowie in der Ausdehnung von Kriminalität in neue technologische und qualitative Bereiche.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die folgenden neuen zentralen Herausforderungen an den Rechtsstaat und an die Innere Sicherheit:

- Die Kriminalität in Deutschland nimmt immer weiter ab. Gleichzeitig steigt die Aufklärungsrate stetig an. Dieser positiven Entwicklung steht eine Professionalisierung und Intensivierung von Kriminalität gegenüber. Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität nehmen an Bedeutung gegenüber anderen Delikten zu.

- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- Der technologische Fortschritt führt zu einer Ausdehnung von Kriminalität in Bereiche, in denen diese bisher vom Rechtsstaat schwer oder gar nicht verfolgt und aufgeklärt werden kann.
  - Mit dem 11. September 2001 wurde die Verschiebung der weltweiten Sicherheitslage offenkundig. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein durch den internationalen Terrorismus bedrohtes Land. Die primäre Gefährdung für die Sicherheit in Deutschland geht nicht mehr in erster Linie von verfeindeten Staaten oder Verteidigungsbündnissen mit machtpolitischen Interessen aus, sondern von global agierenden Netzwerken, die ihre Ziele durch Terrorismus erreichen wollen und dabei auch die Innere Sicherheit in Deutschland bedrohen. Äußere Sicherheit lässt sich nicht mehr in erster Linie als Antwort auf militärische Bedrohungen verstehen. Mit der Ausweitung des internationalen Terrorismus geht eine partielle Verwischung der Grenze zwischen Bedrohungen der Inneren und der Äußeren Sicherheit einher.
  - Durch die qualitative Verschiebung der Bedrohungen steht die Politik der Inneren Sicherheit vor der Wahl, entweder kurzfristige und populistische Kompetenzerweiterungen vorzunehmen und damit die Freiheit der Bürger weiter zu beschneiden oder das bestehende Vollzugs- und Ausrüstungsdefizit der Sicherheitsbehörden zu beheben. Die Herausforderung an die Politik der Inneren Sicherheit besteht im Treffen von Entscheidungen, die auf einer neutralen, aber der Freiheit verpflichteten Bedrohungs- und Maßnahmenanalyse statt auf Endzeitszenarien basieren.

## 72 2. Antworten liberaler Innenpolitik

### 73 74 2. 1. Prävention

75

76 Der Staat kann die Gesellschaft nicht durch unüberlegte Verbote, Gängelung oder allgemeines

77 Misstrauen verbessern. Die Vermeidung von Kriminalität im Vorfeld des Verbrechens steht im

78 Zentrum liberaler Innenpolitik und muss mit der staatlichen Repression von Straftaten einhergehen.

79 Eine verantwortungsvolle Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die beste Kriminalitätsverhütung.

80 Prävention ist eine umfassende Aufgabe, die neben dem Staat auch der Bürgergesellschaft zukommt.

81 Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine Politik der Inneren Sicherheit, die die Ursachen

82 von Kriminalität in ihren Entstehungs- und Bedingungsbeziehungen und nicht nur ihre

83 Symptome bekämpft.

84

- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- Der präventive Ansatz ist aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität, der Kriminalität von Menschen mit Migrationshintergrund sowie in den Bereichen des politisch-weltanschaulichen Extremismus und der Kriminalität im sozialen Nahraum, etwa bei häuslicher Gewalt, auszubauen.
  - Der Landespräventionsrat wird weiter gestärkt. Dabei soll die Vernetzung und Beratung der kommunalen Präventionsräte und die wissenschaftliche Analyse von Kriminalitätsschwerpunkten ausgebaut und weiterentwickelt werden.
  - Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) wird weiter gestärkt. Hier sind weitere Zustiftungen aus dem Bereich der Privatwirtschaft und von Verbänden zu begrüßen.
  - Eine erhöhte Förderung von Bildungseinrichtungen und Jugendtreffs, sowie der Ausbau von Jugendsozialarbeit an den Schulen sind präventive Beiträge zu einer Reduzierung von Jugendkriminalität. Es müssen bedarfsgerecht mehr Streetworkerstellen für Jugendzentren und Freizeitangebote für Jugendliche geschaffen werden. Außerdem ist das gezielte Werben von Jugendlichen durch bestehende Vereine ein wirksames präventives Mittel.
  - Um zu verhindern, dass Gebiete mit einer erhöhten Konzentration an sozialen Problemen und Spannungen im Bezug auf gesellschaftliche Gruppen zu Kriminalitätsbrennpunkten werden, sind neben langfristigen stadtplanerischen Maßnahmen, wie etwa der niedersächsischen „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau“, dezentrale Präventionsprojekte auf kommunaler Ebene weiter voranzutreiben. Dabei sind gewonnene Erkenntnisse der Kriminalitätsverhütung in einem Stadtteil oder einer Kommune über eine direktere Vernetzung und einen geförderten Erfahrungsaustausch leichter für andere Gebiete zugänglich zu machen.
  - Konfliktlotsen und Meditationsmodelle sind in Schulen sowie in anderen Einrichtungen zu fördern. Die flächendeckende Einführung eines Schul-Counsellors an niedersächsischen Schulen ist zu prüfen.
  - Die deutsche Politik hat jahrzehntelang ganz bewusst die Einwanderungssituation in Deutschland geleugnet und Integration gebremst. Kriminalität, die durch Ausländer verübt wird, ist daher ein vor allem auf verfehlte Integrationspolitik zurückzuführendes Phänomen,

112 das nun durch nachholende Integrationspolitik gelöst werden muss. . Die Jungen Liberalen  
113 Niedersachsen sehen dabei die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung  
114 sowie das Erlernen der deutschen Sprache durch die Migranten als Grundbedingungen von  
115 gesellschaftlicher Integration an. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund  
116 hängt aber gleichzeitig von den herrschenden ökonomischen und sozialen  
117 Integrationsbedingungen ab. Arbeits- und Perspektivlosigkeit verschärfen soziale Konflikte  
118 zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die geeigneten Maßnahmen gegen  
119 Kriminalität durch Täter mit Migrationshintergrund liegen neben einer verlässlichen  
120 ausländerrechtlichen Gesetzgebung wiederum in einer verantwortungsvollen Bildungs-,  
121 Wirtschafts- und Sozialpolitik.

- 122 • Zur Vorbeugung ausländerfeindlicher Gewalt muss die Politik Zivilcourage und interkulturelles  
123 Lernen stärken. Darüber hinaus müssen Aussteigerprogramme ausgeweitet werden, um  
124 insbesondere Jugendlichen einen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene zu ermöglichen.  
125 Verbote von einzelnen Organisationen können nicht das leisten, was eine aktive  
126 Bürgergesellschaft leisten kann.
- 127 • Eine Trennung der Märkte von „weichen“ und „harten“ Drogen ist die erste Maßnahme einer  
128 liberalen Drogenpolitik, die auf Kriminalitätsverhütung und eine Schaffung von Perspektiven  
129 für Betroffene setzt. Eine wesentliche Maßnahme in der Prävention ist die Drogenaufklärung.  
130 Die gesteuerte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige ist eine sinnvolle Maßnahme und  
131 muss weiter aufgedehnt werden.

## 132 133 134 2. 2. Strafgesetzgebung

135  
136 Neue Herausforderungen an die Innere Sicherheit verlangen ein zeitgemäßes deutsches Strafrecht. In  
137 einigen Bereichen sind die Sicherheitsbehörden auf Grund eines fehlenden strafrechtlichen Rahmens  
138 an der tatsächlichen Gewährleistung öffentlicher Sicherheit gehindert. Viele Regelungen sind zudem  
139 überholt und bedürfen aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen einer Revision. Diese muss  
140 stets mit Augenmaß durchgeführt werden. Die Anpassung des Strafrechts an sich ändernde  
141 gesellschaftliche und innenpolitische Gegebenheiten darf nicht zu einer vorschnellen Überladung des  
142 Strafrechts mit tagespolitischen Aspekten führen. Vorhandene gesetzliche Regelungen müssen voll  
143 ausgeschöpft werden, bevor es zur Schaffung neuer Regelungen kommt. Die Jungen Liberalen  
144 Niedersachsen kritisieren in diesem Zusammenhang eine zunehmende Politisierung des deutschen  
145 Strafrechts.

- 146  
147 • Die Schaffung neuer Straftatbestände, etwa im Zuge des Kampfes gegen den internationalen  
148 Terrorismus, gleicht mehr einer juristischen Profilierung als einer qualitativen Anpassung des  
149 Rechtsstaats an gegebene Bedrohungen. So ist etwa die Einführung eines § 89a StGB, der  
150 die Bestrafung des Aufenthalts in einem „Terrorcamp“ vorsehen soll, nicht sinnvoll.
- 151 • Durch die Einführung neuer Straftatbestände dürfen das Kritisieren oder Karikieren von  
152 Religionen nicht unter Strafe zu gestellt werden. Eine vermeintliche Verletzung religiöser  
153 Gefühle kann nicht Grundlage für Zensurmaßnahmen sein. In diesem Zusammenhang muss  
154 der § 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und  
155 Weltanschauungsvereinigungen) gestrichen werden.
- 156 • Der neu geschaffene § 202c StGB (Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten)  
157 muss gestrichen werden.

## 158 159 160 2. 3. Polizei und Strafverfolgung

161  
162 Die permanente Erweiterung gesetzlicher Ermessungsgrundlagen und Straftatbestände führt neben  
163 der schleichenden Aushöhlung der Bürgerrechte und der Schaffung eines Überwachungsstaats zu  
164 einer Überforderung der Sicherheitsbehörden. Diese sind weder auf die Bedrohungslage noch auf die  
165 ihnen neu übertragenden Aufgaben in richtiger Weise vorbereitet. Aus Sicht der Jungen Liberalen  
166 Niedersachsen mangelt es in erster Linie an personeller und finanzieller Ausstattung der  
167 Sicherheitsbehörden sowie am Vollzug bestehender Regelungen. Eine Anpassung der Infrastruktur  
168 muss Vorrang vor weiteren Befugnisserweiterungen haben, denen die Behörden gar nicht oder nur in  
169 einem unzureichendem Maße nachkommen können. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik setzt auf  
170 gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden mit gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeitern statt auf  
171 überzogenen Aktionismus, der an der Realität der Bedrohungslage und an der Praxis der  
172 Sicherheitsbehörden vorbei geht.

173

- 174 • Die Zuständigkeit der Polizei in Niedersachsen muss zukünftig wieder auf die Gewährleistung  
175 der öffentlichen Sicherheit beschränkt werden. Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen  
176 die Wiedereinfügung des Begriffs „öffentliche Ordnung“ in das Schutzgut der polizeilichen  
177 Generalklausel ab. Das niedersächsische Polizeigesetz ist dementsprechend anzupassen.  
178 • Die Polizeiarbeit ist insgesamt zu dezentralisieren sowie bürgernah zu gestalten. Die in  
179 Niedersachsen erfolgte Schaffung von sechs regionalen Polizeidirektionen zum 1. 11. 2004 im  
180 Zuge der Verwaltungsreform ist zu begrüßen. Gleichwohl müssen bei einer Änderung der  
181 Polizeistrukturen die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Brand-, Katastrophen- und  
182 Zivilschutz besser bedacht werden. Die Abdeckung des ländlichen Raums mit Polizei und  
183 Katastrophenschutz muss gewährleistet sein.  
184 • Die Polizeiarbeit muss weiter entbürokratisiert werden. Polizisten müssen weitestgehend von  
185 Verwaltungsaufgaben befreit werden  
186 • Das Ausrüstungsbudget der Polizei muss erhöht, die technische Ausstattung verbessert  
187 werden.  
188 • Die Attraktivität des Polizeidienstes ist durch eine vermehrte Schaffung von Austausch- und  
189 Weiterbildungsprogrammen zu erhöhen. Gleichzeitig fordern die Jungen Liberalen  
190 Niedersachsen eine Überprüfung der Besoldungs- und Beförderungsstruktur im Polizeidienst.  
191 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen streben langfristig eine Erhöhung der Planstellen und  
192 damit eine Intensivierung der polizeilichen Präsenz in Niedersachsen an.  
193 • Der Digitalfunk als neues Kommunikationsinstrument zwischen Polizei, Brand-, Katastrophen-  
194 und Zivilschutz sowie weiteren Behörden ist zeitnah einzuführen.  
195 • Die Kooperation mit Kommunen sowie mit bestehenden regionalen Präventionsprojekten ist  
196 zu intensivieren.  
197 • Die Einführung von Bürgerstreifen wird abgelehnt. Die Polizeigewalt kann nicht auf Dritte  
198 übertragen werden. Das staatliche Gewaltmonopol kann nicht privatisiert werden. Bestehende  
199 Modellprojekte sind sofort zu beenden.  
200 • In den Bereichen der Wirtschaftskriminalität und der Organisierten Kriminalität sind  
201 Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Polizei und Staatsanwaltschaft auszubauen,  
202 um auf die speziellen Anforderungen der Strafverfolgung in diesen Bereichen vorbereitet zu  
203 sein.  
204 • Die Staatsanwaltschaften müssen personell in die Lage versetzt werden, die bestehenden  
205 gesetzlichen Maßnahmen in der Strafverfolgung umfassender als bisher anzuwenden und  
206 vorhandene Vollzugsdefizite abzubauen.

#### 207 208 209 2. 4. Justizvollzug

210 Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen den Vollzug von Strafen gegen Menschen, die gegen das  
211 Gesetz verstoßen haben als Kernaufgabe des Staates an. Neben dem Strafvollzug als staatliche  
212 Repression gegen Kriminalität erfüllt dieser aber auch eine Schutzfunktion vor Kriminalität gegenüber  
213 dem Kriminalitätsoffer sowie gegenüber der gesamten Gesellschaft und ist damit relevant für die  
214 Innere Sicherheit. Zu einem zeitgemäßen Strafvollzug gehört ebenso wie zu anderen Bereichen der  
215 Politik der Inneren Sicherheit ein präventiver Ansatz, etwa um Wiederholungstaten zu vermeiden.

- 216  
217  
218 • Die Resozialisierungsmaßnahmen für Strafgefangenen müssen ausgeweitet werden.  
219 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für einen Ausbau des gesetzlich geregelten  
220 Täter-Opfer-Ausgleichs ein.  
221

#### 222 223 2. 5. Gefahrenabwehr

224 Die Jungen Liberalen Niedersachsen begreifen die Gefahrenabwehr als Teil der Politik der Inneren  
225 Sicherheit. Gefahrenabwehr hat präventiven Charakter gegenüber Gefahren, die die geltende  
226 Rechtsordnung bedrohen. Die Sicherheitsbehörden bewegen sich bei der Gefahrenabwehr im  
227 Gegensatz zur Strafverfolgung in einem Ermessensspielraum, wie konkret die Gefahr ist und welches  
228 Mittel geeignet ist um sie abzuwehren. Neben dieser Abwägung der Relevanz für die Sicherheit und  
229 zwischen verschiedenen geeigneten rechtsstaatlichen Abwehrinstrumenten muss sich die  
230 Gefahrenabwehr an sich auch immer der Abwägung zwischen Schutz der freiheitlich-demokratischen  
231 Grundordnung und dem Einschnitt in individuelle Bürgerrechte stellen. Die Jungen Liberalen  
232 Niedersachsen fordern ein Gefahrenabwehrrecht, das sich an rechtsstaatlichen Prinzipien und  
233 insbesondere an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme gegenüber einem möglichen Einschnitt in  
234 die Grundrechte orientiert.  
235

236 Die Jungen Liberalen Niedersachsen stehen für eine Sicherheitspolitik, bei der bestehende  
237 Maßnahmen der Gefahrenabwehr zunächst ausgeschöpft, dann evaluiert und nur bei Bedarf und  
238 wenn unbedingt nötig bei verhältnismäßigen Einschnitten in die Bürgerrechte erweitert werden.  
239 Sondermaßnahmen müssen hierbei zeitlich befristet werden.  
240 Maßnahmen, die sich nicht als sinnvoll erwiesen haben oder die Bürgerrechte in unverhältnismäßiger  
241 Weise beschneiden, sollen wieder abgeschafft werden. Dies betrifft insbesondere Regelungen, die  
242 den im Grundgesetz geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung verletzen.  
243

- 244 • Auch im Bereich der Gefahrenabwehr treten die Jungen Liberalen Niedersachsen für eine  
245 Effizienzsteigerung durch eine bessere finanzielle, infrastrukturelle und personelle Ausstattung  
246 der zuständigen Behörden ein.
- 247 • Staatliche Überwachung des öffentlichen Raumes zu präventiven Zwecken darf nur erfolgen,  
248 wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass am zu überwachenden Ort Straftaten von  
249 erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder verübt werden und außerdem eine  
250 richterliche Anordnung vorliegt. Damit ist eine dauernde und flächendeckende  
251 Videoüberwachung öffentlicher Plätze auszuschließen. Diese ist insbesondere wirkungslos,  
252 wenn die erhobenen Daten nicht unmittelbar durch die Sicherheitsbehörden gesichtet werden  
253 und diese bei einer Gefahr eingreifen können. Eine Videoüberwachung, mit der keine direkte  
254 Auswertung verbunden ist, bringt kein Mehr an Sicherheit.
- 255 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind gegen eine Verquickung von Strafverfolgung und  
256 Gefahrenabwehr. Es handelt sich um zwei strikt voneinander zu trennende Bereiche im  
257 Aufgabenfeld der Sicherheitsbehörden.
- 258 • Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) auf Bundesebene ist aus Sicht der  
259 Jungen Liberalen Niedersachsen eine sinnvolle Einrichtung zur Vernetzung der  
260 Sicherheitsbehörden und zur Prävention terroristischer Anschläge.  
261

### 262 3. Schutz der Bürgerrechte

263 Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zur Freiheit des Einzelnen. Die im Grundgesetz  
264 fest geschriebenen Rechte des Individuums sind an sich Ausdruck eines liberalen Rechtsstaats. Die  
265 Aushöhlung dieser Grundrechte sowie eine Annäherung von immer mehr gesetzlichen Maßnahmen  
266 an die Grenze der Verfassungsmäßigkeit werden von den Jungen Liberalen Niedersachsen scharf  
267 verurteilt. Terrorismus und Extremismus können nicht durch die Aufgabe der rechtsstaatlichen  
268 Ordnung bekämpft werden. Diejenigen, die unsere Lebensweise und unsere Freiheit gefährden,  
269 werden sich nicht durch eine Einschränkung von Freiheit in der Gesellschaft, die sie bekämpfen,  
270 abschrecken lassen. Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern in diesem Zusammenhang  
271 Änderungen an Regelungen auf Landes- und Bundesebene.

272 Zum Verständnis der Jungen Liberalen Niedersachsen von Sicherheit gehört auch die Sicherheit über  
273 den Verbleib und die Verwendung individueller Daten. Viele der eingeführten Maßnahmen zur  
274 Bekämpfung des internationalen Terrorismus stellen aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen  
275 einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundsätze des Datenschutzes dar.  
276

- 277 • Alle Maßnahmen, die zur Verbrechensbekämpfung und Überwachung dienen, sind zeitlich zu  
278 befristen, sowie nach einer gewissen Zeit auf ihren Erfolg hin zu überprüfen. Hat sich die  
279 Maßnahme als kontraproduktiv erwiesen, darf sie nicht erneut beschlossen werden.
- 280 • Politiken der Inneren und Äußeren Sicherheit müssen voneinander getrennt bleiben. Der  
281 Rechtsstaat ist aus Sicht der Jungen Liberalen Niedersachsen in der Lage auf die partiell  
282 sowohl innere als auch äußere Bedrohung des internationalen Terrorismus zu reagieren, ohne  
283 sich von diesem Prinzip zu entfernen. Eine Verwischung der Grenze zwischen beiden Feldern  
284 führt zu einem Verlust an demokratischer und gesellschaftlicher Kontrolle. In diesem  
285 Zusammenhang sind die Jungen Liberalen Niedersachsen gegen einen Einsatz der  
286 Bundeswehr im Innern sowie dafür erforderliche Änderungen des Grundgesetzes, die etwa  
287 auf die Schaffung eines „Quasi-Verteidigungsfalles“ oder auf die Ausdehnung von  
288 vorhandenen Amtshilferegelungen abzielen.
- 289 • Das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei muss aufrechterhalten  
290 werden. Nachrichtendienste dürfen ihre besonderen Rechte, etwa bei der Beschaffung von  
291 Informationen für die Terrorismusabwehr, nur nachrichtendienstlich nutzen. Im Umkehrschluss  
292 dürfen Polizei und Sicherheitsbehörden, die der regulären Gesetzgebung unterliegen, keine  
293 nachrichtendienstlichen Methoden verwenden.
- 294 • Maßnahmen des Großen Lauschangriffs werden auf Fälle mit richterlichem Beschluss  
295 beschränkt. Die Daten dürfen nur bei einer konkreten Gefahr, die nicht auf eine andere Weise  
296  
297

- 298 abgewendet werden kann, erhoben und verwendet werden. Nach Abschluss der Ermittlungen  
299 sind die Betroffenen über die Maßnahmen zu informieren. Ein Ausspionieren von selbst nicht  
300 verdächtigen Berufsgeheimnisträgern, etwa um gegen deren Mandanten bzw. Patienten etc.  
301 zu ermitteln, ist unzulässig.
- 302 • Die parlamentarische Kontrolle von Einschnitten in die Grundrechte muss effektiver gestaltet  
303 werden. Die G10-Kontrollgremien der Länder sowie das Parlamentarische Kontrollgremium  
304 des Deutschen Bundestags sind aufzuwerten. Die Mitglieder der parlamentarischen  
305 Kontrollgremien müssen mit angemessenem Zusatzpersonal bzw. Zusatzbudget ausgestattet  
306 werden, damit sie ihrer Kontrollfunktion besser nachkommen können. Darüber hinaus muss  
307 auch für Kooperationen zwischen verschiedenen Sicherheitsbehörden, wie etwa im Rahmen  
308 des GTAZ, die parlamentarische Kontrolle gewährleistet sein. Dazu sind gegebenenfalls neue  
309 Kontrollgremien mit angemessener Ausstattung zu schaffen.
  - 310 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich zur Unschuldsvermutung in der  
311 Strafverfolgung und zum absoluten Folterverbot. Beide Prinzipien verlieren durch den Kampf  
312 gegen den Terrorismus nicht ihre Gültigkeit. Die Jungen Liberalen Niedersachsen verurteilen  
313 Äußerungen verantwortlicher Politiker, die auf eine Aufweichung dieser Prinzipien abzielen,  
314 etwa um die gezielte Tötung von mutmaßlichen Terroristen zu ermöglichen.
  - 315 • Die Praxis der Rasterfahndung stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff ins Prinzip der  
316 Unschuldsvermutung dar und muss daher abgeschafft werden.
  - 317 • Regelungen des Schily-Sicherheitspakets II von 2001 dürfen nicht verlängert werden.
  - 318 • Die geplanten Neuerungen im niedersächsischen Polizeigesetz im Bezug auf die Ausweitung  
319 der Videoüberwachung sowie die unfreiwillige Blutentnahme lehnen die Jungen Liberalen  
320 Niedersachsen ab. Außerdem ist eine Revision der Novelle des niedersächsischen  
321 Polizeigesetzes von 2004 nötig, bei der die Bedingungen und die Ausgestaltung von  
322 Videoüberwachung zu konkretisieren sind.
  - 323 • Die Einführung der gemeinsamen Antiterrordatei des Bundes und der Länder als Kompromiss  
324 aus Volltext- und Indexdatei lehnen die Jungen Liberalen Niedersachsen ab. Die Vernetzung  
325 der relevanten Informationen von verschiedenen Sicherheitsbehörden muss im Einklang mit  
326 dem Recht auf informelle Selbstbestimmung und dem Trennungsgebot von Polizei und  
327 Geheimdiensten geschehen. Eine Antiterrordatei kann daher nur als reine Indexdatei und  
328 ohne eine weitreichende Eilfallregelung geführt werden.
  - 329 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen sowohl die präventive Telefon-Überwachung als  
330 auch die Online-Durchsuchung ab. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur präventiven  
331 Telefonüberwachung im niedersächsischen Polizeigesetz hat die Haltung der Jungen  
332 Liberalen Niedersachsen bekräftigt. Die Gesetzeslage ist den Maßgaben des  
333 Bundesverfassungsgerichts zeitnah anzupassen.
  - 334 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen Maßnahmen wie biometrische Daten in  
335 Ausweispapieren, die Ausweitung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und die  
336 Speicherung und Auswertung von Mobilfunkverbindungsdaten, sowie Daten aus der  
337 Mauterhebung durch staatliche Stellen ab. Insbesondere zur Erstellung von  
338 Bewegungsprofilen und zur verdachtsunabhängigen, systematischen Verfolgung und  
339 Ahndung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten dürfen solche Daten nicht genutzt werden.
  - 340 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen lehnen Pläne zur Einrichtung einer Gen-Datenbank für  
341 alle Bürger ab. Es darf außerdem zu keiner Ausweitung der genetischen Erfassung von  
342 Straftätern kommen. Die Einführung eines Fingerabdrucks im Personalausweis ist ebenso  
343 abzulehnen.
  - 344 • Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts  
345 zum Luftsicherheitsgesetz. Leben kann nicht gegen Leben abgewogen werden. Flugzeuge mit  
346 unschuldigen Passagieren dürfen nicht abgeschossen werden.

#### 349 4. Europäische Innere Sicherheit

350  
351 Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen in der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit  
352 in Strafsachen als Säule der Europäischen Union ein sinnvolles Mittel zur Abwehr von Gefahren und  
353 zur Verfolgung von Straftaten. Insbesondere zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie in  
354 Fragen der Asyl- und Einwanderungspolitik sind bestehende Kooperationen, etwa über EUROPOL als  
355 Kooperationsinstrument der europäischen Polizeien, auszubauen und zu intensivieren. Die Jungen  
356 Liberalen Niedersachsen lehnen jedoch die Verlagerung von grundrechtsrelevanten Bereichen der  
357 Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung auf europäische Ebene ab, solange hier kein eindeutiger  
358 europäischer Rechtsrahmen geschaffen ist, der etwa einen europäischen Datenschutz gewährleisten  
359 würde. Zudem entziehen sich sämtliche Praktiken der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit

360 in Strafsachen bisher jeglicher demokratischer Kontrolle durch die EU-Mitgliedsstaaten oder durch das  
361 Europäische Parlament. Abgesehen von den rechtlichen und demokratischen Defiziten einer  
362 Europäischen Inneren Sicherheit kritisieren die Jungen Liberalen weitere Punkte in der Politik der  
363 Inneren Sicherheit der Europäischen Union, die einen unverhältnismäßigen Eingriff in die  
364 Bürgerrechte darstellen.

- 365
- 366 • Die Schaffung von datenschutzrechtlichen Grundlagen auf europäischer Ebene muss zu  
367 einer Priorität bei den Verhandlungen über die institutionellen Reformen der Europäischen  
368 Union werden.
- 369 • Das EU/USA-Fluggastdatenabkommen muss zurückgenommen werden.
- 370 • Die Richtlinie 2002/58/EG, die die Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene regelt,  
371 muss überprüft und gegebenenfalls wieder abgeschafft werden. Die Jungen Liberalen  
372 Niedersachsen lehnen zudem eine Umsetzung entsprechender Regelungen in nationales  
373 Recht ab und fordern die Abschaffung entsprechender Regelungen.
- 374 • Unter der Prämisse einer verbindlichen Datenschutzpolitik auf europäischer Ebene sind  
375 Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität, wie etwa Menschen-  
376 und Drogenhandel sowie Zwangsprostitution, zu intensivieren und auszudehnen.

377  
378

#### 379 5. Die FDP und die Bürgerrechte

380

381 Die Jungen Liberalen Niedersachsen wollen eine FDP, die die Rechtsstaatspartei in Deutschland und  
382 in Niedersachsen ist. Weder darf die FDP sich die Verteidigung der Bürgerrechte von den anderen  
383 Parteien streitig machen lassen, noch darf sich die FDP im Nachhinein durch das  
384 Bundesverfassungsgericht erklären lassen müssen, was ein liberaler Rechtsstaat ist, nachdem sie  
385 einem verfassungswidrigen Gesetz auf Druck des Koalitionspartners zugestimmt hat. Der  
386 Liberalismus als philosophische Richtschnur des Handelns der FDP verpflichtet die liberale Partei in  
387 Deutschland zur Verteidigung der Bürgerrechte gegenüber unüberlegten Begehrlichkeiten,  
388 Populismus und blindem „Law-and-Order“-Aktionismus.

389

390

391

392

393 Begründung:

394

395 Erfolgt mündlich

396